

**65. Generalversammlung am 6. Mai 2011 im Zunfthaus zur Meisen in Zürich**  
**Präsidentialrede Otto H. Suhner**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder

Wie in jeder Generalversammlung erlaube ich mir auch dieses Jahr an dieser Stelle mich als VSUD Präsident zu den schweizerisch - deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu äussern.

Die Umweltkatastrophe in Japan und die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Teilen des arabischen Raumes machen nicht nur uns persönlich betroffen, sondern beschäftigen auch die globalen Märkte. Hinzu kommen noch weitere ökonomische Probleme wie die Tendenz zur Überhitzung in bedeutenden Schwellenländern und das Konjunkturtief in einigen hochverschuldeten Ländern Europas. Ebenso wie Europa, stehen die USA wirtschaftlich und damit politisch an einem Scheideweg. Ihr Schuldenstand wird spätestens im nächsten Jahr mit rund 15 Billionen Dollar die 100%-Marke, gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung, überschreiten.

Die Weltwirtschaftskrise, die 2008 auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt ihren Anfang nahm, ist der stärkste wirtschaftliche Einbruch seit der Grossen Depression 1929. Weltweit ist die Wirtschaftsleistung zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit angestiegen, und angesichts der kurzfristig kaum lösbaren Probleme und der jüngsten Ereignisse haben die Märkte nur massige Chancen sich zu konsolidieren. Durch noch vor ein paar Jahren unvorstellbar finanzielle Massnahmen und Zusagen in astronomischer Höhe konnte bisher eine erneute wirtschaftliche Depression verhindert werden.

Deutschland und die Schweiz entwickeln sich als bemerkenswerte Ausnahme. Im internationalen Vergleich sind beide Länder mit hohen Wachstumsraten aus der Krise gekommen und die Arbeitslosigkeit stellt ein geringeres Problem dar als andernorts.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist im Jahr 2010 auf bis 3,6% gestiegen. Das ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Der Aufschwung ist beachtlich

und übertrifft in Tempo und Intensität alle Erwartungen nach dem historischen Einbruch von minus 4,7% im Jahr 2009.

Der Aufschwung steht auf einem breiten Fundament: Die Exporte steigen rasant, weil die globale Nachfrage wieder anzieht. Bestellungen kommen vor allem aus den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas, zudem aus den EU-Staaten und der Türkei.

Auch der private Konsum stützte die Binnenkonjunktur – dank der robusten Situation auf dem Arbeitsmarkt und der optimistischeren Zukunftsaussichten.

Die Erwartungen für 2011 sind insgesamt günstig. Hier rechnet Deutschland mit einem Wachstum von 2,2%. Nur das Tempo des Aufschwungs dürfte sich etwas verlangsamen. Die Risiken der konjunkturellen Entwicklung haben sich verändert. Wurden diese noch vor kurzer Zeit in einer Kreditklemme oder Rückschlägen auf dem Arbeitsmarkt gesehen haben sich heute neue Problemfelder aufgetan, die mittelfristig die konjunkturelle Erholung gefährden könnten. Dazu zählt die anhaltende Finanz- und Schuldenkrise in einigen Staaten der Eurozone. Auch Preisentwicklung und Versorgung mit industriellen Rohstoffen sowie Engpässe in der Verfügbarkeit von Fachkräften belasten die Industrie zunehmend.

Durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise liegt die deutsche Staatsverschuldung 2010 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bei etwa 75,5%. 2007 waren es noch 65%. Die Neuverschuldung von rund 50 Mrd. EUR in 2011 stellt einen neuen Schuldenrekord dar. Deutschland hat binnen drei Jahren seinen Schuldenberg um etwa 300 Mrd. EUR auf insgesamt ca. 1,8 Billionen EUR aufgehäuft.

Im Vergleich konnte die Schweiz in der Periode 2005 bis 2009 ihre Schulden um fast 20 Mrd. CHF - von 130 Mrd. auf 111 Mrd. CHF- abbauen. Die Staatsverschuldungsquote hat sich 2007 bis 2009 von 46% auf 42% reduziert. Das Wirtschaftswachstum lag 2010 bei 2,7% und wird nach Schätzungen 2011 bei 1,5% liegen.

Unterstützt durch positive Impulse der Weltkonjunktur hat die Schweizer Wirtschaft ihr lebhaftes Wachstum trotz des starken Frankens bislang ungebremst fortsetzen können. Die Expertengruppe des Bundes geht nach wie vor davon aus, dass die Exporte vor allem wegen der Frankenstärke zusehends gebremst werden und sich dadurch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung etwas abkühlen wird. Für 2011 prognostiziert die Expertengruppe eine Zunahme des Bruttoinlandprodukts der Schweiz um 2,1% und für 2012 ein leicht tieferes Wachstum mit ca. 1,9%. Allerdings werden die weltwirtschaftlichen Konjunkturperspektiven durch zahlreiche Risiken unter anderem der Verschuldungsprobleme in vielen Ländern belastet, die einem stabilen Aufschwung im Wege stehen dürften. Dazu kommen die neueren Entwicklungen in Japan und Nord Afrika, die erhebliche Unsicherheiten an den Märkten verursachen.

Deutschland und die Schweiz. Zwei Länder, die nicht nur geographisch Nachbarn sind, sondern auch durch wirtschaftliche, kulturelle und sprachliche Verbindungen eng miteinander verflochten sind. Unsere Nachbarschaft ist faktisch schon lange eine Partnerschaft. Eine Viertelmillionen Deutsche leben in der Schweiz. Deutschland ist mit Abstand wichtigster Handelspartner der Eidgenossenschaft und entlang der 350 km langen Grenze gibt es einen regen unternehmerischen und privaten Austausch.

Aufgrund der ungewissen weltwirtschaftlichen Situation ist es für die Schweiz wie Deutschland nach wie vor entscheidend mit ihren fruchtbaren Wirtschaftsbeziehungen und starken politischen Banden fortzufahren und sich nicht in Detailfragen zu verfangen. Es ist kein Raum für den „Narzissmus der kleinen Differenzen“, welcher ein ansonsten von Kooperation und Pragmatismus geprägtes Verhältnis trüben.

Meine Damen und Herren, die Diskussionen zwischen der Schweiz und Deutschland um den Fluglärm des Flughafens Zürich dauern schon über ein Vierteljahrhundert an.

In einem sich immer mehr globalisierenden Wettbewerb brauchen die Wirtschaftsstandorte Schweiz und Südbaden Rahmenbedingungen, die dieser Herausforderung gerecht werden. Hierzu gehören selbstverständlich auch die notwendigen Infrastrukturen, die allen Sparten der Wirtschaft das Signal vermitteln in

diesem Umfeld hoffnungsvoll expandieren und investieren zu können. Es wird allgemein geschätzt, dass der Flugverkehr in den nächsten 20 Jahren erheblich zunehmen wird. Aufgrund des derzeitigen Wirtschaftswachstums in der Schweiz, das sich insbesondere auf den Export stützt, muss die Schweiz dieser Entwicklung gerecht werden und flexible sowie insbesondere expansive Möglichkeiten der schnellen Entfaltung für den Weltmarkt bereitstellen.

Nicht nur im Bereich des Handels und der Dienstleistungen müssen die Möglichkeiten für ein nachfragegerechtes Wachstum gewährleistet sein, auch im Bereich des für eine florierende Wirtschaft immanenten Austausches von Fachkräften, wie auch des Know-how-Transfers in Forschung und Entwicklung, ist ein sich immerfort bewegendes Drehkreuz eines internationalen Flughafens wesentlich für den Fortbestand des wirtschaftlichen Wachstums und der hiermit verbundenen sozialen Sicherheit einer Wirtschaftsregionen.

Auch den angrenzenden Landkreisen in Südbaden.

Einer Lösung scheint man trotz der von Deutschland und der Schweiz durchgeführten Lärmbelastungsanalyse nicht näher gekommen zu sein. Die Analyse wurde nach deutschem Standard und ohne politische Einflussnahme erstellt. Die Ergebnisse sind eindeutig: Der Flughafen Zürich erzeugt auch in Südbaden Lärm, doch ist die Belastung ungleich geringer und es sind davon viel weniger Menschen betroffen als in der Schweiz.

Die deutschen Anflugbeschränkungen schränken den Flughafen Zürich im Vergleich zu den Wettbewerbern Frankfurt und München ein, obwohl die Flugbewegungen einen deutlichen Bezug zu Deutschland haben. So werden rund 70% der Flugbewegungen am Flughafen Zürich von deutschen Fluggesellschaften durchgeführt oder solchen, die in deutschem Besitz sind -so z.B. Swiss, Lufthansa, Air Berlin-

Vier Zahlen werden in diesem Zusammenhang von der Flughafen Zürich AG kommuniziert und erläutert: 75 – 0 – 16 – 2.

75% aller Endanflüge erfolgen über deutsches Gebiet. 0% aller Abflüge erfolgen über deutsches Gebiet. 16% aller von, über oder nach Zürich reisenden Passagiere haben ihren Wohnort in Deutschland -jeder 6. Passagier am Flughafen Zürich wohnt in Deutschland- und nur 2% der gesamten Lärmbelastung, welche vom Betrieb des Flughafens Zürich ausgeht, fällt auf deutsches Gebiet.

Mit der neuen Verkehrsministerin, Bundesrätin Leuthard, soll den Verhandlungen ein neuer Impuls gegeben und gemeinsam eine Lösung erarbeitet werden. Die Schweiz will eine faire Regelung, welche den Menschen möglichst wenig Lärm beschert, die aber andererseits dem Flughafen Zürich doch seine Entwicklungsmöglichkeiten lässt. Dazu braucht es Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten.

Die Einschränkung von grenzüberschreitenden Taxifahrten am Flughafen von Seiten der Schweiz, die Gründung eines weiteren Gremiums wie dem deutschen Fluglärm - Beirat und auch das Einlegen von Rechtsmittel der Schweiz gegen eine abweisende Entscheidung des Europäischen Gerichts, halte ich persönlich nicht für die zielführenden Signale um eine gemeinsame Lösungen zu finden.

Umso erfreulicher ist, dass in dem Steuerstreit die notwendige Sachlichkeit zurückgekehrt um Lösungen von kontroversen Standpunkten in den politischen Diskussionen zu erzielen.

Durch den Kauf gestohlener Daten deutscher Steuersünder aus der Schweiz Anfang letzten Jahres wurde ein neuer absoluter politischer Tiefpunkt im bilateralen Verhältnis erreicht. Aufgrund der Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens und der Eckpunkte eines Zusatzabkommens am 27. Oktober 2010 hat sich die angespannte Situation langsam wieder erholt und scheint sich zu normalisieren.

Die Schweiz hat kein Interesse an unversteuerten Geldern aus dem Ausland. Das legitime Interesse anderer Staaten auf Steuereinkommen muss jedoch mit dem Interesse der Bankkunden auf Schutz der Privatsphäre in Einklang gebracht werden. Zur Umsetzung dieser Strategie beabsichtigt der Bundesrat im Rahmen von bilateralen Verhandlungen die Einführung einer Abgeltungssteuer auf

grenzüberschreitenden Kapitalerträgen und die Legalisierung der „Altgelder“. Das ist zu begrüßen. Der automatische Informationsaustausch hingegen kommt für die Schweiz nicht in Frage, da er weniger effizient ist als eine Abgeltungssteuer und die Privatsphäre unnötig einschränkt.

Die angestrebte Lösung soll eine Abgeltungssteuer für künftige grenzüberschreitenden Kapitaleinkünfte, eine Regularisierung der „Altgelder“ sowie flankierende Massnahmen, die das Funktionieren des Abkommen entsprechend seinem Sinn und Zweck gewährleisten, enthalten.

Im Gegenzug muss jedoch auch eine Verbesserung des Marktzugangs für Schweizer Finanzdienstleister in Deutschland erreicht werden. Aber auch für das Problem des Ankaufs von entwendeten Bankdaten sollte eine Lösung gefunden werden.

Der Bedeutung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs angemessen wäre auch, dass das Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz Deutschland mit der Anerkennung der Standards des OECD Musterabkommens -insbesondere der Amtshilfe- von Regelungen befreit wird, die einseitig zulasten der Schweiz gehen.

Ersatzlos gestrichen müsste hier:

Die sogenannte überdachende Besteuerung, die für in der Schweiz ansässige Privatpersonen zu einer unbeschränkten Steuerpflicht in Deutschland und der Schweiz führt,

die Nachbesteuerung während fünf Jahren nach Wegzug aus Deutschland für Privatpersonen, die Nichtansässigkeit von Pauschalieren in der Schweiz,

die doppelte unbeschränkte Steuerpflicht von Gesellschaften,

sowie die Besteuerung privater Kapitalgewinne während fünf Jahren nach Wegzug aus Deutschland.

Darüber hinaus wäre eine praxisnahe und vernünftige Lösung für die Ansätze der Verrechnungspreise für das gemeinsame Wirtschaftswachstum von erheblichem Vorteil.

Es ist daher ausserordentlich wichtig, dass die im Protokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens vereinbarte zweite Verhandlungsrunde kurzfristig beginnt, um auch die vornehmlich die Schweiz betreffende Themen zu einer zufriedenstellenden Lösung zu bringen.

Kommen wir bitte noch einmal zurück auf den Ausbau der für die Wirtschaft wichtigen Infrastrukturen.

Die Schweiz hat 2007 den Lötschberg Basistunnel eröffnet und arbeitet nun an der Fertigstellung des Gotthard Basistunnel 2017 und den Ceneri Basistunnel 2019. Die Tunnel finden ihre Berechtigung in der sogenannten Alpeninitiative, welche das Schweizer Volk 1994 angenommen hat. Die Schweiz setzt damit weiterhin im Personen- und Güterverkehr auf die Bahn. Die Alpentunnel sind jedoch auch Teil der europäischen Transitkorridore. Sie können ihren vollen Nutzen nur erbringen, wenn die Schienen-Transitkorridore mit einheitlicher Technik befahren werden können und keine Kapazitätsengpässe kennen. Beide Punkte haben noch erhebliches Entwicklungspotential.

Die Ausrüstung der Transitkorridore mit der einheitlichen Technologie kommt nur schleppend voran. Gerade Deutschland tut sich schwer, die von der Europäischen Union festgelegte Technologie umzusetzen. Die Schweiz hat als Nicht-EU-Land die entsprechenden Vorgaben schon weitgehend umgesetzt.

Die volle Nutzung erfordert auch die zeitgerechten Ausbauten auf den Zuläufen der Schweiz. Die Schweiz zählt auf die Verwirklichung der Massnahmen gemäss der Nordzulaufvereinbarung. In Baden-Württemberg insbesondere die Oberrheinstrecke zwischen Karlsruhe und Basel. Deutschland hat sich zu diesem Ausbau im Abkommen von Lugano verpflichtet. Die Schweiz möchte hier keine „Kathedrale in der Wüste“ bauen. Es handelt sich um ein Bahnverkehrsprojekt mit europäischer

Bedeutung, aus der die deutsche wie die schweizer Wirtschaft ihren Nutzen ziehen wird.

Die vielfältigen Verzögerungen auf einzelnen Abschnitten der Rheintalzulaufstrecke durch Einsprachen und Änderungsanträge von Gemeinden werden hier mit Sorge zur Kenntnis genommen. Dahingehen wünschen wir der neuen Landesregierung in Baden-Württemberg eine glückliche Hand, insbesondere in Bezug auf die Bahn, ein gesundes Verhältnis zwischen für den Wirtschaftsstandort Notwendigen und bürgernaher Politik zu finden und weiterhin ein zuverlässiger Partner in der Umsetzung von beschlossenen Vereinbarungen zu sein.

Meine Damen und Herren

Mit Hilfe des Deutschen Unternehmers Martin Herrenknecht hat die Schweiz den Durchstich des Gotthard-Basistunnels, den längsten Eisenbahntunnel der Welt, fertig gestellt. Mit dem Deutschen Trainer Ottmar Hitzfeld hat die Schweizer Nationalmannschaft als einzige den späteren Fussballweltmeister Spanien besiegt.

Der Schweizer Architektin Regula Lüscher Gmür wurde von Deutschland die Verantwortung für die Gestaltung ihrer Hauptstadt als Senatsbaudirektorin Berlins übertragen und unter der Führung unseres Gastreferenten, dem Schweizer Dr. Josef Ackermann, erzielte die Deutsche Bank nicht nur einmal Rekordgewinne.

Dies sind nur vier aktuelle populäre Beispiele der historisch gewachsenen fruchtbaren Zusammenarbeit der Schweiz mit Deutschland. Vertrauen, Offenheit und Freundschaft sind die Grundlagen aller erfolgreichen Beziehungen. Lassen Sie uns gemeinsam diese Basis des Erfolges immer wieder erneuern.

Vielen Dank.